

# PLANZE I CHENERKLÄRUNG

(entsprechend PlanzV 90)

I. Festsetzungen [ §9 Abs. 1 bis 3 BauGB, § 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 83 SächsBO, § 9 Abs. 7 BauGB]

1. Art der baulichen Nutzung [§9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB]



2. Maß der baulichen Nutzung [ §9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB]

Grundflächenzahl (GRZ) [§16, 19 BauNVO] als Höchstgrenze

Geschossflächenzahl (GFZ) [§16, 20 BauNVO] als Höchstgrenze z.B. 8,0 Baumassenzahl [§16, 21 BauNVO] Traufhöhe [§9 Abs. 2 BauGB]

## Füllschema der Nutzungsschablone (allgemein)

Art der baulichen

zulässige Bauhöhe bei techn. Bauten Geschossflächenzahl(GFZ) bei Gebäuden/ Baumassenzahl(BM) bei techn. Bauten

3. Bauweise, Baugrenzen, Stellung baulicher Anlagen

[ § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 23 BauNVO]

Baugrenze [ § 23/1 und 3 BauNVO]

-nicht überbaubare Grundstücksfläche

4. Verkehrsflächen [§9 Abs. 1 Nr. 4, 11 BauGB]



nit exemplarischer Darstellung der inneren Verkehrsführung)

Straßenbegrenzungslinie private Verkehrsflächen:

Flächen für Stellplätze und deren Zufahrten [§9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB]

5. Flächen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft [ § 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 BauGB]



Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen [§9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB] mit Angabe der Nummer der Teilfläche, die mit speziellen Pflanzgeboten belegt ist, hier z.B. F1 (s. Textfestsetzungen)

Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen [ §9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB] mit Angabe der Nummer der Teilfläche, die mit Pflanzerhalt belegt ist, hier z.B. F2 (s. Textfestsetzungen)

5.1 Flächen und Maßnahmen zum Ausgleich außerhalb des Plangebietes zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft [ § 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 BauGB und § 9 Abs. 1a BauGB]

Externe Flächen für Ausgleichsmaßnahmen mit Angabe der Nummer

## 5.2 Sonstige Planzeichen

• • • • •

sonstige Abgrenzung hier: unterschiedliche Bauhöhe

----5.0m →

III. Nachrichtliche Übernahmen [ § 9 Abs. 6 BauGB]

Einzelanlage, die dem Denkmalschutz unterliegt [§9 Abs. 6 BauGB]





zu erhaltender Einzelbaum

V. Darstellung der Plangrundlage





Geländehöhen m UNN

oberirdischer Hochbau-Bestand



oberirdischer Ingenieurbau-Bestand

unterirdische Leitungen (vorhanden): —◇—◇—◇— Elektro

—◇—◇—◇— Abwasser DN300 —◇★◇—◇★◇— Rückbau Gasleitung

# TEXTFESTSETZUNGEN (TEIL B)

1. Planungsrechtliche Festsetzungen [§ 9 Abs. 1- 3 BauGB und 4 i. V. m. § 83 SächsB]

## 1.1 Art der baulichen Nutzung [§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB]

Die Art der baulichen Nutzung wird festgesetzt durch den Planeintrag als Sonstiges Sondergebiet gemäß § 11 BauNVO mit der Zweckbestimmung:

Gebiet für Anlagen, die der Erforschung, Entwicklung und Nutzung dezentraler Abwasserbeseitigungsanlagen dienen, einschließlich der Nutzung als Ausstellungs- und Schulungszentrum, festgesetzt.

## 1.2 Maß der baulichen Nutzung und Bauweise [§ 9 Abs. 1 Nr. 1, 2 BauGB]

# 1.2.1 Grundflächenzahl

Die Bestimmung des Maßes der baulichen Nutzung erfolgt nach § 16 (2) BauNVO. Die gemäß Planzeichnung festgesetzte GRZ kann als Obergrenze durch die Grundfläche der in Satz 1, § 19, (4) BauNVO benannten Anlagen bis zu 50 % überschritten werden. Bezugsgröße für die Berechnung der Grundflächenzahl ist das gesamte private

Bereich des Plangebietes festgelegt, in den Bereichen der geplanten

Grundstück der Kommunalen Wasserwerke Leipzig GmbH. 1.2.2 Geschossflächenzahl Die Geschossflächenzahl wird gemäß § 20 BauNVO und gemäß § 17 BauNVO auf ein Höchstmaß festgesetzt. Sie wird nur im mittleren

abwassertechnischen Anlagen wird die Obergrenze des Maßes der baulichen Nutzung Uber die Bestimmung der Baumassenzahl (BMZ) festgelegt. 1.2.3 Baumassenzahl Die Baumassenzahl wird gemäß § 20 BauNVO, abweichend von den Obergrenzen gemäß § 17 BauNVO, auf ein Höchstmaß begrenzt. Sie wird nur in

den Bereichen für die technischen Hochbauten festgelegt, im zentralen Mittelbereich wird die Obergrenze des Maßes der baulichen Nutzung über die Bestimmung der Geschossflächenzahl (GFZ) festgelegt.

### 1.2.4 Höhe baulicher Anlagen Bezugshöhe der baulichen Anlagen ist die mittlere Höhe über NN der

Oberkante der an das Baugrundstück angrenzenden privaten Verkehrsflächen, gemessen an den Endpunkten der anliegenden Grenzen des jeweiligen Baugrundstückes.

## 1.3 Flächen für Nebenanlagen [§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB]

[§ 9 (1) Nr. 4 BauGB und § 12 BauNVO] Die Errichtung von Stellplätzen, Aufstellflächen für KfZ, Zufahrten und innerbetriebliche Verkehrsflächen ist in der nicht überbaubaren Fläche zugelassen, ausgenommen davon sind Flächen, die als Grünflächen und/oder als Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft festgesetzt bzw. dargestellt sind.

1.4 Nutzung von Bauteilen zur Energiegewinnung [§ 9 Abs. 4 BauGB i. V. m. § 83 SächsBO] Die Nutzung der Dächer (auch Flachdächer), Fassaden und Brüstungen für die Installation von Technik zur Nutzung regenerativer Energiequellen ist zulässig.

### 2. Grünordnerische Festsetzungen innerhalb des Plangebietes [§ 9 Abs. 1 Nr. 20; 25a, b BauGB]

2.1 Flächen oder Maßnahmen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen

### 2.1.1 Festsetzungen mit Flächenbezug zur Planzeichnung: F1 Auentypische Gehölzpflanzung

Auf der in der Planzeichnung mit F 1 bezeichneten Fläche sind heimische, standortgerechte, auentypische Laubbäume der Pflanzenliste 2 (Mindestpflanzqualität: Heister, 100-150 cm) und Sträucher der Pflanzenliste 3 (Pflanzqualität: 60-100 cm Höhe, 1x verpflanzt, mind. 3 Triebe)

### F 3 Einzelstrauchpflanzung/Extensivwiese

Auf der in der Planzeichnung mit F 3 bezeichneten Fläche sind auf mindestens 15% der Fläche Sträucher der Pflanzenliste 3 anzupflanzen. Die Ubrigen Flächen sind als standortgerechte Extensivwiese anzulegen.

## F4 Extensivwiese (Eichenerhalt)

Die in der Planzeichnung mit F 4 bezeichneten Flächen sind als Extensivwiese anzulegen. Auf den festgesetzten Flächen F4 ist der Bestand an Alteichen zu erhalten. Die zusätzliche Anpflanzung von Bäumen ist auf der südlichen Fläche unter Berücksichtigung der zu erhaltenden Eiche möglich.

flächig anzupflanzen.

Die in der Planzeichnung mit F 5 bezeichnete Fläche ist mit einer standortgerechten Rasensaatmischung als Extensivwiese anzulegen.

# 2.1.2 Festsetzungen ohne Flächenbezug zur Planzeichnung:

Auf Stellplatzanlagen sind insgesamt mindestens 8 großkronige Laubbäume entspr. Pflanzenliste 1 (Pflanzqualität: Hochstamm, Stammumfang 16 - 18 cm) so zu pflanzen, dass eine weitgehende Beschattung der Stellplätze erzielt wird.

2- Straβenbegleitgrün der Verkehrsfläche "An der Luppe" Die nicht für Straßen und Fußwege sowie Zuwegungen benötigten öffentlichen Verkehrsflächen "An der Luppe", mindestens jedoch 950m² sind als Ausgleichsflächen mit einer standortgerechten Rasenansaatmischung als Extensivflächen

3- Ersatzbaumpflanzungen Für die Fällung von 6 Einzelbäumen sind im Verhältnis 1:3 insgesamt 18 Bäume mit Arten der Pflanzenliste 1 als Ersatz innerhalb des B-Plangebietes oder auf der Ausgleichsfläche A 1 zu pflanzen.

Fensterlose Beton- oder Mauerwerksfassaden ab einer Fläche von 25 m² von Neubauten sind mit Kletterpflanzen zu begrünen.

Die übrigen, nicht für die Nutzung regenerativer Energien benötigten Dachflächen der baulichen Anlagen mit Flachdächern sind dauerhaft extensiv zu begrünen. Ausgenommen von der Begrünungspflicht sind nur überdachte Frei- und Lagerflächen

## 2.2 Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen,

2.2.1 Festsetzungen mit Flächenbezug zur Planzeichnung:

F2 Erhalt der Saumstruktur

Auf der in der Planzeichnung mit F 2 bezeichneten Flächen sind die vorhandenen Vegetationsbestände zu belassen und der Sukzessionsentwicklung zu überlassen.

# 2.3 Sonstige Allgemeine Festsetzungen [§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB]

### 2.3.1 Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft [§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB]:

1- Ebenerdige Stellplätze, Fußwege und die Aufstellflächen vor den Demoboxen sind so zu befestigen, dass das auf diesen Flächen anfallende Niederschlagswasser dort versickern kann. 2- Nicht für Maβnahmen oder andere Nutzungen oder Zwecke benötigte Flächen sind zu begrünen.

# II Grünordnerische Maßnahmen zum Ausgleich außerhalb

[§ 9 Abs. 1 Nr. 20; 25a BauGB und § 9 Abs. 1a BauGB]

Zum Ausgleich des vorhabenbedingten Eingriffs im PLangebiet und der zu erwartendenc Beeinträchtigungen sind die folgenden Ausgleichsmaßnahmen auβerhalb des Plangebietes vorgesehen.

Dazu wird ein städtebaulicher Vertrag zwischen der Kommunalen Wasserwerke Leipzig GmbH als Vorhabenträger und der Stadt Leipzig abgeschlossen, welcher folgende Vereinbarungen beinhaltet:

# Ausgleichsmaßnahmen mit Flächenbezug

Ausgleichsmaßnahme A 1 (Umwandlung in Extensivgrünland)

Die Grünlandflächen der Ausgleichsmaßnahme A 1 (Teile der Flurstücke 115, 116 und 121/4) sind als Extensivflächen anzulegen und zu bewirtschaften. Auf einem Streifen am östlichen Rand der Fläche A 1 sind Gehölzgruppen (einzelne auentypische Laubbäume der Pflanzenliste 2 sowie Strauchgruppen der

### Pflanzenliste 3) zu pflanzen. Ausgleichsmaßnahme A 2: (Anlage einer extensiven Streuobstwiese)

Auf der Grünlandfläche der Ausgleichsmaßnahme A 2 (Teile des Flurstückes 121/4) sind in Abständen von ca. 8 - 12 m heimische Hochstamm-Obstsorten (Apfel, Birne, Pflaume, Kirsche) der Mindestpflanzgröße Hochstamm, 2xv, Stammumfang 7 — 8 cm anzupflanzen und die Fläche ist extensiv zu bewirtschaften.

# VERFAHRENSVERMERKE

Satzung über einen Bebauungsplan der Stadt Leipzig

### Bebauungsplan Nr. 229

Die Ratsversammlung der Stadt Leipzig hat den Bebauungsplan Nr. 229, bestehend aus der Planzeichnung und dem Text, als Satzung beschlossen. Die Rechtsgrundlagen hierfür sind § 1 Abs. 3 und § 10 Abs. 1 des BauGB in der bis zum 20. Juli 2004 geltenden Fassung i.V.m. § 244 Abs. 2 Satz 1 des BauGB sowie § 4 der SächsGemO und § 89 der SächsBO in den jeweils

Der Bebauungsplan Nr. 229 wird hiermit ausgefertigt.

Leipzig, den 26.1.05

geltenden Fassungen.

Die Übereinstimmung der Darstellung der bestehenden Grundstücke und Gebäude mit dem Vermessungswerk Stand vom 22.11.02 wird bestätigt.

Leipzig, den 14.12.04

## Aufstellungsbeschluss

Die Ratsversammlung der Stadt Leipzig hat in ihrer Sitzung am 14.11.2001 die Aufstellung des Bebauungsplanes beschlossen.

Die ortsübliche Bekanntmachung ist im Leipziger Amts-Blatt Nr. **24** vom **24**·11.**01**. erfolgt (§ 2 Abs. 1 BauGB).



Frühzeitige Bürgerbeteiligung

Die frühzeitige Burgerbeteiligung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB ist mit Bürgerforum am 24.03.03 durchgeführt worden.



# Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Die von der Planung berührten Träger öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom 27.03.03 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden

Leipzig, den 16.12.04



# Billigungs- und Auslegungsbeschluss

Die Ratsversammlung der Stadt Leipzig hat in der Sitzung am 21.05.03 dem Entwurf des Bebauungsplanes sowie der Begründung zugestimmt und die

Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden ortsüblich im Leipziger Amts-Blatt Nr. 12 vom 07.06.03 bekannt gemacht.

öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen.

Der Entwurf und die Begründung des Bebauungsplanes haben vom 18.06.03 bis 17.07.03 öffentlich ausgelegen.

Leipzig, den 16, 12. 04



## Satzungsbeschluss

Die Ratsversammlung der Stadt Leipzig hat den Bebauungsplan nach Prüfung der Anregungen und Stellungnahmen in der Sitzung am 08.12.04 als Satzung beschlossen, sowie der Begründung zugestimmt (§ 3 Abs. 2; § 10 Abs. 1 BauGB).

Leipzig, den 16.12.04



Die ortsübliche Bekanntmachung des Bebauungsplanes gem. § 10 Abs. 3 BauGB erfolgte im Leipziger Amts-Blatt Nr. 4 am 19.02.05. Mit diesem Tag ist der Bebauungsplan rechtsverbindlich geworden.



## Geltendmachung der Verletzung von Vorschriftenn

Innerhalb von 2 Jahren nach Bekanntmachung des Bebauungsplanes ist die Verletzung von Vorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplanes nicht geltend gemacht worden (§ 215 Abs. 1 Nr. 1 BauGB).



ORIGINAL

BEBAUUNGSPLAN FASSUNG SATZUNGSBESCHLUSS

Für diesen Bebauungsplan gelten:

-die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke

(Baunutzungsverordnung-BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung

vom 23. Januar 1990 (BGBLIS.132), zuletzt geändert durch Art. 3 des Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetzes vom 22. April 1993

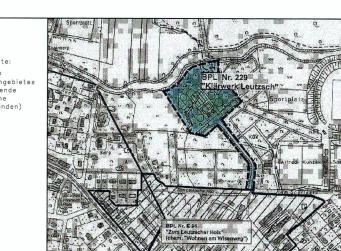
-die Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung

-die Pflanzliste, die als Anhang der Begründung sowie im GOP beigefügt ist

des Planinhaltes (Planzeichenverordnung 1990-PlanV90) vom 18. Dezember 1990



Klärwerk Leutzsch Stadtbezirk: Alt-West Leutzsch/Böhlitz-Ehrenberg



Dezernat Stadtentwicklung und Bau Stadtplanungsamt

